



Frauen im Kapitalismus

Bildungszeitung

der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)

Dezember 2017

Inhalt

1. Frauenfrage und Klassengesellschaft.....S.2

Kasten: Frauen im Realsozialismus S. 4

2. Geschichte der Frauenbewegung.....S.8

3. Frauenunterdrückung heuteS.15

Kasten: Frauenquote.....S.15

Einleitung

Hier ist sie nun, unsere neue Bildungszeitung zur Frauenunterdrückung im Kapitalismus.

Diese widmet sich einer Reihe von Fragen: Worin besteht überhaupt die Frauenfrage? Ist die Geschlechterfrage eine gesellschaftliche Frage? Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen ist die Frauenfrage zu lösen? Welche Gesellschaftsordnung gibt jedem Menschen, ob Mann oder Frau, gleichermaßen die Chance, sich selbst zu verwirklichen? Diesen und anderen Fragen wollen wir uns annähern. Das euch vorliegende Material besteht wie immer aus drei Abschnitten, die entweder an drei Gruppenabenden oder an einem Wochenendseminar bearbeitet werden können. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit dem grundsätzlichen Zusammenhang von Klassengesellschaften und der Frauenunterdrückung. Im zweiten Teil geht es dann um die Geschichte der Frauenbewegungen, sowohl der proletarischen als auch den verschiedenen bürgerlichen. Der dritte Abschnitt untersucht schließlich die aktuelle gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Lage der Frau in unserer heutigen Gesellschaft. Nach jedem Abschnitt findet Ihr eine Reihe von Fragen, die euch die Diskussion zu

den Texten erleichtern sollen. Ergänzt werden die Haupttexte durch zwei Kästen: Einer behandelt die Frauenfrage im Realsozialismus, der andere setzt sich mit Quoten auseinander. Bei Bedarf ist euch die Bildungs-AG bei der Suche nach ReferentInnen oder zusätzlichen Materialien gerne behilflich.

I. Frauenfrage und Klassengesellschaft

Für die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung ist der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau Prinzip ihrer Weltanschauung und untrennbarer Bestandteil ihres Kampfes um die Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Für uns existiert die Frauenfrage nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Fragen, sondern steht im engen Zusammenhang mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der daraus resultierenden Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Klassen. August Bebel definierte die Frauenfrage und ihre Verbindung mit der sozialen Frage in seiner als Standardwerk in diesem Bereich geltenden Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ folgendermaßen: „...bei dieser (der Frauenfrage) handelt es sich um die Stellung, welche die Frau in unserem sozialen Organismus einnehmen soll, wie sie ihre Kräfte und Fähigkeiten nach allen Seiten entwickeln kann, damit sie ein volles, gleichberechtigtes und möglichst nützlich wirkendes Glied der menschlichen Gesellschaft werde. Von unserem Standpunkt fällt diese Frage zusammen mit der Frage, welche Gestalt und Organisation die menschliche Gesellschaft sich geben muss, damit an die Stelle von Ausbeutung, Not und Elend die physische und soziale Gesundheit der Individuen und der Gesellschaft tritt. Die Frauenfrage ist also für uns nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage...sie kann daher ihre endgültige Lösung nur finden durch die Aufhebung der gesellschaftlichen Gegensätze und Beseitigung der aus diesen hervorgehenden Übel...“ Die Gleichberechtigung der Frau setzt also die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen voraus. Führen wir uns nun vor Augen,

wie sich die Unterdrückung der Frau historisch parallel zur Entwicklung der Klassengesellschaften vollzogen hat:

Herausbildung der Frauenfrage

Friedrich Engels wies in seiner Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ nach, dass die Herausbildung der Frauenfrage zusammenfiel mit der Entstehung des Privateigentums: „Der erste Klassen Gegensatz, der in der menschlichen Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.“ In der Urgesellschaft, in der weder Privateigentum noch Klassengegensätze existierten, gab es zwar eine bestimmte geschlechtliche Arbeitsteilung, daraus resultierte aber kein Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis. Zum Schutz der ungeborenen Kinder blieben die Frauen daheim und kümmerten sich u.a. um die Zubereitung der Nahrung, während die Männer auf die Jagd gingen oder die ersten Formen des Ackerbaus betrieben. Erst mit der zunehmenden Entwicklung komplexerer Werkzeuge und Gerätschaften entwickelte sich aus dieser Arbeitsteilung ein Unterdrückungsverhältnis. Mit den Werkzeugen, die bislang von den Männern benutzt wurden (die Frauen hatten ja auch welche), war es nun möglich, nicht nur den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, sondern sich auch fremde Arbeit anzueignen. Die ursprüngliche Arbeitsteilung führte also dazu, dass sich bei der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte die

Frauen im Kapitalismus

SDAJ-Bildungszeitung
Dezember 2017

Produktionsmittel in den Händen der Männer konzentrierten. Dies hatte dann weitreichende Folgen für die gesellschaftliche Stellung der Frau. Das ursprünglich in der Urgesellschaft vorherrschende Mutterrecht wurde durch das Vaterrecht, also die Vererbung des Privateigentums in männlicher Nachkommenslinie abgelöst – damit entstand das Patriarchat, die Vorherrschaft des Mannes. Das Resultat dieser Entwicklung war die „monogame Familie“, die gegründet ist „... auf die Herrschaft des Mannes, mit dem ausdrücklichen Zweck der Erzeugung von Kindern mit unbestrittener Vaterschaft, und diese Vaterschaft wird erfordert, weil diese Kinder dereinst als Leibeserbe in das väterliche Vermögen eintreten sollen...“ (Engels).

Frauen in den frühen Ausbeutergesellschaften

Die sich mit der Entstehung des Privateigentums herausgebildete gesellschaftliche Stellung der Frau blieb auch in den folgenden frühen Ausbeutergesellschaften, der Sklavengesellschaft und dem Feudalismus, im Wesentlichen erhalten. Ausschlaggebend für den sozialen Status war natürlich zunächst die Klassenzugehörigkeit. Die Lebensbedingungen von Sklavinnen, freien und abhängigen Bäuerinnen sowie von Frauen aus den herrschenden Klassen waren grundverschieden. Den

Gipfel der Recht- und Würdelosigkeit bildeten dabei die Sklavinnen. Sie galten als Privateigentum ihres Sklavenhalters, waren dessen Willen

und Willkür schutzlos ausgeliefert und konnten jederzeit ge- oder verkauft werden. Gemeinsam war ihnen jedoch, dass sie in ihren Familien die, schlecht angesehene und nichtentlohnte, „Hausarbeit“ zu verrichten hatten, während die Männer ihrer jeweiligen Beschäftigung nachgingen. Dabei gab es aber durchaus Ausnahmepersonen. Wenn nach großen Kriegen oder Seuchen Mangel an männlichen Arbeitskräften herrschte, wurden auch Frauen zur Erwerbsarbeit herangezogen. So wurden die Zunftordnungen z.T. mehrfach geändert und Frauen in die Handwerkszünfte aufgenommen oder ausgeschlossen, je nach der Verfügbarkeit von männlichen Arbeitskräften. Auch das gesellschaftliche Verständnis davon, was „Frauenarbeit“ sei, war in der geschichtlichen Entwicklung durchaus Veränderungen unterworfen. So galt z.B. das Bierbrauen in Deutschland über Jahrhunderte als weitgehende Frauendomäne. Trotz der erniedrigenden Lage der Frau in der Sklaverei und im Feudalismus trat doch die Frauenfrage in ihrem ganzen Umfang erst mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Erscheinung.

Frauenunterdrückung im Kapitalismus

Mit Eintritt in die bürgerliche, kapitalistische Gesellschaft verliert die Arbeitsteilung erstmals seit Beginn der Klassengesellschaften ihre ökonomische Basis. Doch wieso existiert die Frauenunterdrückung weiter? Das werden wir im folgenden herleiten. Mit der Entstehung des Kapitalismus entstehen auch die doppelt freien Lohnarbeiter: Sie sind frei von irgendeinem Herrn und gleichzeitig frei vom Privatbesitz an Produktionsmitteln. Somit gibt es in der proletarischen Familie keine Produktionsmittel mehr



Frauen im Kapitalismus

SDAJ-Bildungszeitung
Dezember 2017

zu vererben. Das heißt natürlich nicht, das lohnabhängige Frauen nicht mehr unterdrückt werden. Im Gegenteil: Mit der Entstehung des Kapitalismus und der großen Industrie, mit der zunehmenden Ersetzung schwerer körperlicher Arbeit durch die Anwendung von Maschinerie, wurde zum ersten Mal auch in großem Maßstab die Möglichkeit und Notwendigkeit von Frauenerwerbsarbeit geschaffen. Marx schrieb dazu im Kapital: „Sofern die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden. Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie.“

Frauenarbeit im Kapitalismus wurde von Beginn an als Quelle zusätzlicher Ausbeutung im Kapitalismus genutzt, da sie geringer entlohnt wurde und wird, als die Arbeitskraft ihrer männlichen Kollegen. Die Bestimmung des Wertes der Ware Arbeitskraft trifft zwar auch auf die weibliche Arbeitskraft zu, jedoch gehen hier noch andere gesellschaftliche Wertungen ein. Marx schreibt dazu: „Der Wert der Arbeitskraft [...] ist bestimmt durch die Produktion, also auch Reproduktion dieses spezifischen Artikels notwendiger Arbeitszeit. [...] Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion der Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel.“ In der Summe dieser Lebensmittel sind auch die „Lebensmittel der Ersatzmänner“

Frauen im Realsozialismus

Wir betonen immer wieder, dass die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen nicht ohne die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft denkbar ist. Natürlich heißt das nicht, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nach Beseitigung ihrer kapitalistischen Grundlage von alleine verschwindet. Das wird deutlich, wenn wir uns die Situation der Frauen in der Sowjetunion, der DDR oder in Kuba ansehen. Im Sozialismus entfällt mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln das objektive, ökonomische Interesse des Kapitals an der Unterdrückung der Frau sowie ihrer doppelten Ausbeutung. Der Sozialismus schafft damit die Bedingung für die vollständige Befreiung und Gleichstellung der Frau. Die politische Führung in Sowjetunion und DDR erkannten dies und unternahmen wichtige Schritte in Richtung der Geschlechtergleichheit. Ökonomisch wurde sie dadurch beseitigt, dass Frauen den gleichen Lohn wie ihre Kollegen erhielten und Frauen, im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten dieser Zeit, ganz selbstverständlich berufstätig waren. Ermöglicht wurde das neben Zugang zu Schulen, Universitäten und Ausbildungsplätzen durch die flächendeckende, öffentliche Kinderbetreuung. So waren in den siebziger Jahren über 90 Prozent der arbeitsfähigen Frauen in der UdSSR berufstätig. In der DDR sah dies ähnlich aus; 1980 erhielten 90 Prozent der Kinder im Kindergartenalter einen Platz, sodass fast alle Eltern einem Beruf nachgehen konnten. Das bedeutete Teilhabe am

Frauen im Kapitalismus

SDAJ-Bildungszeitung
Dezember 2017

enthalten, d.h. Kinder der Arbeiter, der zukünftigen Arbeiter.“ (Kapital, I.Band). Wendet man diese allgemeine Bestimmung auf die Arbeitskraft der Frau an, ist zunächst nicht einzusehen, warum sie dann schlechter bezahlt wird, da ja auch sie Familie, Kinder etc. hat. In die Unterschiede der Entlohnung der Ware Arbeitskraft nach dem Geschlecht gehen daher offensichtlich gesellschaftlich vorhandene Vorstellungen darüber ein, wer als der Ernährer der Familie zu gelten habe. Das ist aufgrund der oben geschilderten geschichtlichen Entwicklung diesen Vorstellungen zufolge der Mann. Diese gesellschaftlichen Vorstellungen hat der sich entwickelnde Kapitalismus zunächst vorgefunden. Er hat sich die gesellschaftliche Rolle der Frau als vom Mann abhängiger, an den Haushalt gebundener, von der gesellschaftlichen Produktion ausgeschlossener Mensch soweit zu eigen gemacht, wie das seinen Interessen entsprach und heute noch entspricht. Die Frauen erhalten trotz der Entwicklung der doppelt freien Lohnarbeit, trotz rechtlicher Gleichstellung niedrigere Löhne als die Männer, weil sie der Ideologie der herrschenden Kapitalistenklasse zufolge ihr Hauptbetätigungsfeld im Haushalt haben und der eigentliche Ernährer der Familie der Mann sei, die Frauen also „zusätzlich“ verdienen würden. Somit kann der Kapitalismus sie als billigere Arbeitskräfte und Lohndrücker benutzen. Wir sprechen von relativer Überausbeutung der Frau im Kapitalismus. Obwohl heute die Berufstätigkeit von Frauen, gegenüber früheren Zeiten, beträchtlichen Umfang hat, hat sich daran prinzipiell nichts geändert. Während also früher der Produktionsmittelbesitz in der Familie die

gesellschaftlichen Leben und finanzielle Unabhängigkeit - wichtige Bestandteile realer Gleichstellung. Auch im Bildungsbereich wurden Benachteiligungen bekämpft, sodass genauso viele Frauen wie Männer in der UdSSR einen Hochschulabschluss erreichten. Ebenfalls Voraussetzung für Gleichstellung ist auch die Aufweichung von klassischen „Männerberufen“, welche für Frauen der Sowjetunion geöffnet und gezielt gefördert wurden: 1974 wären 40 Prozent aller Ingenieure weiblich sowie 57 Prozent aller Konstrukteure. Anders sah es aber bei der Veränderung der Rollenbilder aus. Hier wurden die gesellschaftlich tief verankerten, reaktionären Rollenbilder nur schlechend abgebaut; Reproduktionsarbeit in der DDR sowie in der Sowjetunion wurde größtenteils weiterhin von Frauen verrichtet. traditioneller Rollenbilder im Sozialismus. Alternative Lebensentwürfe beispielsweise wurden zwar zunächst legalisiert später jedoch wieder unter Strafe gestellt. Außerdem existierte eine „gläserne Decke“ in Sowjetunion und DDR, denn politische Spitzenpositionen wurden größtenteils von Männern besetzt. Wir halten also fest: Der Wegfall der wirtschaftlichen Grundlage für die Unterdrückung der Frau ist zwar eine notwendige Voraussetzung für ihre Befreiung, diese passiert dann aber trotzdem nicht automatisch. Der vorhergegangene Kapitalismus und die ideologische Prägung hinterlassen tiefe Spuren in den Köpfen der Menschen, sodass die Beseitigung dieser eine aktive Auseinandersetzung sowie Bildung erfordert. Das gilt übrigens nicht nur für die sozialistischen Staaten der Vergangenheit – trotz aller Errungenschaften (wie etwa einer

Frauen im Kapitalismus

SDAJ-Bildungszeitung
Dezember 2017

Grundlage für die patriarchale und ökonomische Abhängigkeit der Frau vom Mann war, so wird im Kapitalismus gerade die Eigentumslosigkeit der Familie zur Grundlage für die Abhängigkeit der Frau vom Mann: Da die Frau ihre Arbeitskraft nicht immer und nicht zu dem durchschnittlichen zum durchschnittlichen Lebensstandard gehörenden Preis verkaufen kann, muss sie um ihrer Existenz willen sich in die ökonomische und damit persönliche Abhängigkeit zum Mann begeben.

Aus diesen Umständen heraus ist die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus doppelte Unterdrückung: Erstens wird die Arbeitskraft der Frau in der Lohnarbeit als Mehrwert schaffende Arbeitskraft ebenso ausgebeutet wie die männliche Arbeitskraft. Zweitens erwächst der Frau aus der gesellschaftlichen Rolle, die ihr aufgrund ihres Geschlechts zugewiesen wird, zusätzliche Unterdrückung, also über das „normale“ Maß hinaus eine zusätzliche, die sich in der geringeren Lohnhöhe im Vergleich zum Mann niederschlägt. Das Spezifische an der Benachteiligung der Frauen im Kapitalismus ist also nicht ihre Abhängigkeit vom Mann oder ihre Festgelegtheit auf die Hausarbeit (Reproduktion). Kapitalismusspezifisch ist vielmehr, dass, unter den – formal gleichberechtigten – Bedingungen der kapitalistischen doppelt freien Lohnarbeit, das Kapital die vorgefundene Geschlechterdifferenz (inkl. der damit verbundenen diskriminierenden Ideologien) ausnutzt, um eine relative Überausbeutung der weiblichen Arbeitskraft zu legitimieren, indem ihr Wert geringer als der der männlichen Arbeitskraft bewertet wird. Was bedeutet das nun für unseren Kampf für die Befreiung

zunehmenden Auflösung klassischer Rollenbilder in der Berufswelt), überdauert in Kuba bis heute der „Machismo“.

der Frau und für den Sozialismus? Mit der massenhaften Einbeziehung der Frauen in die kapitalistische Ausbeutung ist sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit gegeben, sie einzubeziehen in den Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung, vor allem in den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Löhne und damit auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse. Der Kampf der Arbeiterbewegung um die Gleichstellung der Frau, also der Beseitigung der Ungleichbehandlung im Kapitalismus, liegt demnach im Interesse der gesamten Arbeiterklasse: Die geringere Lohnhöhe wird von den Kapitalisten ausgenutzt, um Druck auf die Löhne der Männer auszuüben und die Frauenarbeit bringt die Arbeiterfamilie in noch stärkere unmittelbare Abhängigkeit vom Kapital. Zugleich muss aber deutlich sein: Die Ungleichheit entspringt dem Profitsystem selber und wird endgültig erst mit diesem zu überwinden sein.

Arbeitsfragen zu Text I „Frauenfrage und Klassengesellschaft“

1) Warum wurde bei der Entstehung des Privateigentums der Besitz in den Händen der Männer konzentriert? Wäre eine umgekehrte Entwicklung möglich gewesen?

2) Wie unterscheidet sich die Frauenunterdrückung im Kapitalismus von vor-kapitalistischer Frauenunterdrückung? Was verstehen wir unter doppelter Unterdrückung der Frau?

3) Welche Bedeutung hat der Kampf um Gleichstellung der Frau für den Kampf der Arbeiterklasse? Welche Möglichkeiten und Grenzen hat dieser Kampf innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung?

Literaturtipps:

Friedrich Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, u.a. in: MEAW, Bd.VI

August Bebel: „Die Frau und der Sozialismus“, u.a.: Dietz-Verlag Berlin 1974

Autorenkollektiv: „Für die Befreiung der Frau“, Verlag Marxistische Blätter 1975

2. Geschichte der Frauenbewegung

Die Anfänge

Die Unterdrückung der Frau wurde lange als normal betrachtet. Neue Brisanz gewann die Geschlechterfrage mit der Industrialisierung. Zunächst wurden mit dieser Wohn- und Arbeitsstätte getrennt, was zur Folge hatte, dass Frauen in den privaten Bereich gedrängt wurden. Zum anderen nahm seit den 1830er Jahren die Frauennarbeit in der Industrie zu, da durch technischen Fortschritt Muskelkraft an Bedeutung verlor. Gleichzeitig machte die Industrialisierung viele Hausarbeiten überflüssig, sodass viele bürgerliche Frauen unverheiratet blieben und ins Erwerbsleben drängten.

Während die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen deutlich schlechter waren als die der Arbeiter, war den bürgerlichen Frauen der Zutritt zu vielen Berufen verwehrt. An diesen Missständen entzündete sich der Protest der nun entstehenden Frauenbewegung. Da es jedoch den bürgerlichen und proletarischen Frauen um völlig verschiedene Missstände ging, war sie in einen bürgerlichen und einen proletarischen Teil gespalten: Während erstere als „Bewegung von Frauen aus der Mittelschicht, die vor allem auf Veränderungen im Bewußtsein und in den Verhaltensweisen zielt“, die Unabhängigkeit und rechtliche Gleichstellung in den Fokus rückten und in diesem Sinne für gleichen Berufszugang kämpften, setzten sich letztere als „Bewegung von Arbeiterfrauen, die vor allem auf Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich zielt“, für soziale Gleichheit ein (Florence, Hervé, MB 4/82).

Die bürgerliche Frauenbewegung knüpfte damit an die Forderungen „Freiheit, Gleichheit und Brüderlich-

keit“ der bürgerlichen Revolutionen an. Ihre eigentliche Geburtsstunde in Deutschland war die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins durch Louise Otto-Peters im Oktober 1865 in Leipzig. Dieser und andere bürgerliche Vereine beschränkten ihre Emanzipationsforderungen allerdings auf die Zulassung von Frauen zu allen Berufen und Bildungseinrichtungen und lehnten beispielsweise das Frauenwahlrecht ab.

Die Arbeiterbewegung positionierte sich lange die Frauenerwerbsarbeit, mit dem Argument, sie ruiniere die Löhne und führe zur Vernachlässigung familiärer Pflichten; im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) (I) gab es keine weiblichen Mitglieder. Die Internationale Arbeiterassoziation (I. Internationale) trug jedoch viel dazu bei, diese Position zu überwinden.

Die organisatorischen Anfänge der proletarischen Frauenbewegung kamen zum Ausdruck in der in Leipzig gegründeten „Internationalen Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts“. In dieser Organisation setzten sich August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Julius Motzler für die gleichberechtigte Mitgliedschaft von Frauen ein. Im Jahre 1870 waren mehr als 1000 der 6000-7000 Mitglieder Frauen. Unter dem Druck des wachsenden Einflusses der Sozialdemokratie wurde im Juli 1878 der erste Erlass der Arbeiterinnenschutzbestimmungen für Deutschland vorgelegt. In der proletarischen Frauenbewegung schossen nach 1870 lokale Frauenvereine aus dem Boden. Unter dem Sozialistengesetz von 1878, das sozialdemokratische und kommunistische Vereine verbot,

mussten sie allerdings alle illegal arbeiten und waren ständig von Auflösung bedroht. Dennoch: Am Ende des Sozialistengesetzes im Jahr 1890 gab es in Deutschland 19 gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisationen.

In der bürgerlichen Frauenbewegung verbreitete sich währenddessen mehr und mehr die Auffassung vom "natürlichen Beruf" der Frau als Hausfrau und Mutter; die Forderung nach Frauenbildung bezog sich fast nur noch auf Ausbildung für diesen "natürlichen Beruf".

Kein einzig Volk von Schwestern: Frauenbewegung 1889-1914

In dieser Zeitspanne machte die Frauenbewegung eine wahre Blütezeit durch. Weiterhin bestimmend blieb die Spaltung der Bewegung in einen bürgerlichen und einen proletarischen Arm. Wegen der unterschiedlichen Probleme dieser beiden Gruppen waren auch die Ziele und Methoden gänzlich unterschiedlich. Die Bürgerinnen wollten die politische Emanzipation der Frau innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft durchsetzen. De facto wollten sie also eine Emanzipation nur für die besitzenden Frauen. Das Ganze wollten sie erreichen durch Bildung oder durch gesetzliche Regelungen. Doch auch die bürgerliche Frauenbewegung war nicht einheitlich. Sie lässt sich grob aufteilen in einen linken Flügel (die Radikalen), einen mittleren Flügel (die Gemäßigten) und einen rechten Flügel (die Konservativen). Während der letztgenannte kaum Berührungspunkte mit der proletarischen Frauenbewegung hatte, wollte ersterer die Spaltung überwinden.

Die proletarische Frauenbewegung unterschied sich schon organisato-

risch stark von der bürgerlichen: Während die Bürgerinnen ihre Kämpfe nur durch die eigene Kraft der Frauen zu gewinnen trachteten, zielten die Proletarierinnen auf die Solidarität ihrer Klassenbrüder. Deswegen versuchten sie, die Zahl der Frauen in SPD und Gewerkschaften zu erhöhen. Trotzdem wussten sie, dass sie sich ihre Rechte selbst erkämpfen mussten. Die Plattformen, auf denen sich die Frauen austauschten, wechselten in dieser Zeit häufiger, wegen rechtlicher Schwierigkeiten (Frauen hatten damals auch versammlungsrechtlich nicht die gleichen Möglichkeiten wie Männer). Bis 1908 gab es eigenständige Frauenverbände, ab dann organisierte sich die proletarische Frauenbewegung in der SPD, da ab diesem Zeitpunkt die Mitgliedschaft in Parteien auch für Frauen möglich wurde. Somit büßte die proletarische Frauenbewegung ihre organisatorische Eigenständigkeit ein. Auch in den Gewerkschaften verschwand die Frauenfrage um 1908 von der Tagesordnung.

Der I. Weltkrieg

Die Organisationen der bürgerlichen Frauenbewegung unterstützten die Kriegspolitik, was nicht verwunderlich ist, weil sie schon lange vorher den "Dienst am Vaterland" als Weg zur Gleichberechtigung diskutiert hatten. Opposition gegen den Krieg kam von radikalen Pazifistinnen: 1915 trafen sich in Den Haag 1136 Frauen aus zwölf Nationen. Nach dem Kongress bereisten sie 14 Länder und übermittelten den Regierungen ihre Forderung nach Beendigung des Krieges und ihre Vorschläge zur dauerhaften Friedenssicherung. Die einzige Frau an der Spitze der Gewerkschaften, Gertrud Hanna, unterstützte hingegen die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche "Burgfriedenspo-

litik". Auch in der Sozialdemokratie widersetzte sich nur eine Minderheit der Frauen der Kriegsunterstützung durch die Führung aktiv. Auf Initiative Clara Zetkins trafen sich 1915 in Bern Delegierte aus verschiedenen Ländern und beschlossen das Manifest "Frauen des arbeitenden Volkes!". Es wurde in vielen Orten Deutschlands verteilt, und mehrere Frauendemonstrationen gegen Krieg und Teuerung fanden statt. 1917 schloss sich Clara Zetkin nach ihrem Ausschluss aus der SPD und der Redaktion der Frauenzeitschrift "Gleichheit" der USPD (die USPD war ein Vorläufer der KPD) an. Die USPD-Frauen waren in der Gewerkschaft, bei Streiks und Demonstrationen besonders aktiv, so etwa im Rahmen der Frauenwahlrechts-Kampagne 1917/18.

Während des I. Weltkrieges entstand durch die Einziehung der Männer ein Arbeitskräftemangel; dem wurde durch gesetzlichen Arbeitszwang für Frauen bei Aufhebung nahezu aller Schutzbestimmungen begegnet. Gegen die schlechten Arbeitsbedingungen der Frauen in der Kriegswirtschaft gab es zwar Erklärungen, aber keine Aktionen. Dennoch spielten Frauen in der großen Streikbewegung der Jahre 1917/18 die führende Rolle, was vor allem ein Verdienst von lokal und betrieblich aktiven Gewerkschafterinnen war.

Die Weimarer Republik

In der Novemberrevolution von 1918 beteiligten sich mehrere tausend Frauen an den Arbeiterräten. Die Revolution brachte den Frauen u.a. das Wahlrecht, das uneingeschränkte Koalitionsrecht, den Achtstundentag, die freie Berufswahl und eine Verringerung der Lohndifferenz.

Andererseits kam es zu einer massiven Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsleben, um Arbeitsplätze für zurückkehrende Soldaten freizumachen. Die meisten Organisationen der bürgerlichen Frauenbewegung befürworteten dies ausdrücklich, ebenso SPD und Gewerkschaften; die SPD führte ab 1919 den Frauentag nicht mehr durch, weil sie der Meinung war, mit dem Wahlrecht sei die Gleichberechtigung erreicht.

Auch hier zeigte sich der Unterschied zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung: Da sich letztere auf den Kampf um die rein rechtliche Gleichstellung innerhalb des bürgerlichen Staates beschränkten, erklärten sie ihn für beendet, sobald diese – scheinbar – erreicht war. Letztlich war zu diesem Zeitpunkt natürlich noch nicht einmal das der Fall. Der proletarischen Frauenbewegung ging es jedoch um mehr: Sie ging davon aus, dass die Frau dem Mann erst mit Überwindung des Kapitalismus gleichgestellt sein könne – nicht nur rechtlich, sondern tatsächlich. Die KPD führte 1920 ihre erste Reichsfrauenkonferenz durch und erhob die Einbeziehung der Frauen in den Kampf zum Sturz des Kapitalismus zur dringlichen Aufgabe. 1925 gründete sie den "Roten Frauen- und Mädchenbund" als erste eigenständige proletarisch-revolutionäre Frauenorganisation der Weimarer Republik. Er wurde jedoch keine Massenorganisation, wahrscheinlich wegen seines militärischen Anstrichs (er war eng an den Rotfront-Kämpferbund angelehnt) und zu enger Bindung an die KPD; 1931 schloss er sich dem auf Initiative der KPD gegründeten "Kampfbund gegen den Faschismus" an.

In der Weltwirtschaftskrise verschärften sich die Bemühungen, Frauen aus der Erwerbsarbeit herauszu-

Frauen im Kapitalismus

SDAJ-Bildungszeitung
Dezember 2017

drängen; hinzu kam eine besonders rigorose Kürzung von Sozialleistungen für Frauen. In den Lohnkämpfen der frühen Dreißiger spielten Frauen eine beachtliche Rolle; die Gewerkschaften vermieden jedoch nach wie vor eine klare Stellungnahme zum Recht der Frau auf Arbeit. Die SPD führte zwar wieder Veranstaltungen zum Frauentag durch, auf denen das Recht auf Arbeit befürwortet wurde; die Praxis sozialdemokratischer Betriebsräte sah jedoch oft anders aus. Die KPD entwickelte 1928/29 die Frauendelegiertenbewegung, um Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen stärker in Arbeitskämpfe einzubeziehen: Bei Streiks wurden von Frauen der Streikenden Delegierte gewählt; u.a. organisierten sie Suppenküchen für die Arbeiter. Die KPD brachte mehrere Gesetzentwürfe in den Reichstag ein (etwa 1931 zum Schutz und für die volle Gleichberechtigung der arbeitenden Frau) und hatte hervorragenden Anteil an der Kampagne gegen den Paragraphen 218, der Abtreibungen mit ein bis fünf Jahren Zuchthaus unter Strafe stellte. Die bürgerliche Frauenbewegung wich mehrheitlich kampfflos vor dem aufkommenden Faschismus zurück.

Der Faschismus

Die faschistische Frauenpolitik und -ideologie widersprachen sich: einerseits wurde das Leitbild der Hausfrau und Mutter propagiert, um die Massenarbeitslosigkeit auf ihre Kosten zu überwinden und sie zum Gebären vieler Soldaten zu bringen; andererseits wurden sie seit Mitte der 30er wieder zur Erwerbsarbeit ermuntert und 1943 verpflichtet, um den Arbeitskräftemangel in

der Rüstungsindustrie zu beheben. Durch das Verbot jeder Interessensvertretung verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen massiv; die Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen wurden gesetzlich festgeschrieben. Hauptziel der faschistischen Frauenorganisationen war es, Frauen und Mädchen zu „stählen“, damit sie den Zumutungen des NS-Alltags gewachsen waren. Die bürgerlichen Organisationen lösten sich entweder selbst auf oder schlossen sich den NS-Organisationen an; pazifistische und proletarische Organisationen wurden verfolgt. Frauen beteiligten sich im Rahmen des bürgerlichen wie des kommunistischen Widerstands gegen den Faschismus.

Der Demokratische Frauenbund Deutschland (DFD)

Nach dem Krieg sollte ein neuer gesamtdeutscher, überparteilicher Frauenverband geschaffen werden. Aus dem Faschismus ergaben sich auch die Ziele: höchste Priorität hatte nicht die Emanzipation der Frau, sondern der Kampf um Frieden, gegen Faschismus und Militarismus als deren Voraussetzung. Zweites wichtiges Ziel war der Aufbau eines demokrati-



schon Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Einheit. Dies verlief nicht ohne Schwierigkeiten, im Westen wurde die Gründung des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD) erst 1950 zugelassen. Seine Mitglieder beteiligten sich an der Massenbewegung gegen die Remilitarisierung, der Staat reagierte mit Repression gegen die vermeintliche „kommunistische Tarnorganisation“: Mit dem Adenauer-Erlass von 1950 wurden die DFD-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Im Zuge des KPD-Verbots wurde er, ähnlich wie die FDJ, ohne Prozess auf Weisung der Landesinnenminister verboten. Damals hatte er ca. 28.000 Mitglieder.

Zur gewerkschaftlichen Frauenarbeit in der Bundesrepublik

Im Zentrum der gewerkschaftlichen Frauenarbeit stand die wirtschaftliche Situation der Frau. Neben der allgemeinen Not im Nachkriegsdeutschland hatten Frauen zusätzliche Sorgen: so gab es z.B. kaum Kindergärten, Frauen hatten meist die schlechteren Arbeitsbedingungen und aufgrund einer gesonderten Frauenlohngruppe auch den schlechteren Lohn; sie wurden zuerst entlassen, wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechterte. Die Frauen im 1949 gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbund DGB forderten in erster Linie ein Recht auf Arbeit. Auch die Rationalisierung traf Frauen besonders stark: Sie waren in Jobs mit sog. leichten Tätigkeiten gedrängt worden, und genau diese Arbeiten konnten leicht von Maschinen übernommen werden. Außerdem wurde die horizonterweiternde Wirkung von Arbeit betont. Die zweite prominente Forderung war „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung“. Konkret wurde die Abschaffung der

Frauenlohngruppe gefordert, die 1955 für grundgesetzwidrig erklärt wurde, und danach die wirkliche Umsetzung des Grundsatzes. Denn mit der Abschaffung der Frauenlohngruppe allein war wenig getan: Es wurden sogenannte Leichtlohngruppen definiert, in denen de facto hauptsächlich Frauen beschäftigt waren. Ein weiteres Kampffeld in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit war der Arbeitsschutz. Für Mädchen wurden bessere Ausbildungsmöglichkeiten gefordert, denn damals hatten nur neun Prozent der berufstätigen Frauen eine qualifizierte Fachausbildung. Um die Mütter von der Doppelbelastung durch Kindererziehung wenigstens teilweise zu entlasten wurden mehr Kindergärten, -krippen und -tagesstätten sowie die Einrichtung von Ganztagschulen gefordert. Die Gewerkschafterinnen bemühten sich, verstärkt weibliche Mitglieder zu gewinnen, und gründeten Frauenausschüsse auf verschiedenen Ebenen. Mit ihren Forderungen waren sie recht erfolgreich. So ist das (zwar unzureichende, aber doch beschlossene) Mutterschutzgesetz von 1952 auf den gewerkschaftlichen Druck hin überhaupt erst entstanden.

Die neue Frauenbewegung (ab 1968)

Im Zuge der Proteste in der Zeit um 1968 nahm auch die Frauenbewegung einen neuen Anlauf. Ein wichtiger Auslöser war die Kampagne um den bereits erwähnten §218. Die Frauen forderten mit vielfältigen Aktionen eine Legalisierung der Abtreibung und hatten Erfolg: der Paragraph wurde reformiert, wenn auch nicht ganz abgeschafft. Seitdem gilt Abtreibung zwar immer noch als Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches, ist aber unter bestimmten Umständen straffrei.

Frauen im Kapitalismus

SDAJ-Bildungszeitung
Dezember 2017

Ab 1968 traten autonom arbeitende Gruppen an die Stelle einer straffen zentralisierten Organisationsstruktur (wie sie am Anfang des Jahrhunderts noch in allen Strömungen der Frauenbewegung vertreten wurde). Diese waren unterschiedlich orientiert. Arbeits- und Selbsterfahrungsgruppen standen jedoch hoch im Kurs. Die Themen Privatheit, Sexualität, Sozialisierung traten in den Vordergrund. Allerdings wurden auch fast alle „klassischen“ Frauenforderungen weiterverfolgt. Wichtigster Verband war in dieser Zeit die 1976 gegründete „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI), die hauptsächlich aus Linken bestand; Männer waren ausgeschlossen. Weiterhin gab es VertreterInnen einer marxistisch orientierten Frauenbewegung. Frauen aus DKP, Gewerkschaften und ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) kämpften z.B. gegen die Rechtsentwicklung und die besonders Frauen treffenden Krisenauswirkungen.

Die meisten Gruppen der neuen Frauenbewegung können als „Neo-Feministinnen“ verstanden werden. Das Neue am Neo-Feminismus gegenüber vorigen Frauenbewegungen war, dass die Frauen nicht wie ihre bürgerlichen Kolleginnen 70 Jahre zuvor in die bestehende Gesellschaft integriert werden wollten, sondern sie zerschlagen wollten. Wie ihre Vorgängerinnen sahen sie allerdings den Hauptwiderspruch der Gesellschaft zwischen Mann und Frau; der Kapitalismus wurde nur als Spielart des viel älteren Patriarchats gesehen. Dass diese Verkehrung von Ursache und Wirkung dazu führen kann, den Blick für den Kern sozialer Missstände – die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie – zu verlieren, beweist Alice Schwarzer, Gründerin der Frauenzeitschrift „Emma“, bis zum heutigen

Tag: Nach den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht 2015/16 in Köln stimmte sie in den rassistischen Diskurs mit ein und erklärte, dies seien „die Folgen der falschen Toleranz.“

Anmerkungen

(1) Der ADAV war die erste deutsche Arbeiterpartei; er wurde 1863 von Ferdinand Lassalle gegründet und vereinigte sich 1875 mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), der späteren SPD.

Arbeitsfragen zu Text 2

„Übergänge zum Sozialismus

Arbeitsfragen

1) Wie hat sich die proletarische, wie die bürgerliche Frauenbewegung entwickelt? Wo zeigten sich Unterschiede, wo Gemeinsamkeiten?

2) Wie entwickelte sich die Frauenerwerbstätigkeit seit den 1830ern? Warum setzt sich die bürgerliche Frauenbewegung manchmal für die Frauenerwerbstätigkeit ein und stellt sich dann wieder dagegen?

3) Angela Merkel als erste deutsche Kanzlerin: Wie hätten das die verschiedenen Flügel der Frauenbewegung bewertet? Ist das ein Fortschritt?

4) In der bürgerlichen Frauenbewegung gab es reaktionäre Auffassungen. Ist Ähnliches heute wieder zu beobachten (Stichworte Frauen in der Bundeswehr, Demos gegen „islamistische“ Gewalt gegen Frauen)?

5) Lenken die „privaten“ Themen der neuen Frauenbewegung vom ökonomischen Kampf ab?

Literaturtipps

Gerhard, Ute: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Reinbek bei Hamburg, 1990.

Herve, Florence (Hrsg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Köln: Pahl-Rugenstein 1982.

Menschik, Jutta (Hrsg.): Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau. Köln: Pahl-Rugenstein 1976.

Zetkin, Clara: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1982

3. Frauenunterdrückung heute

Die ökonomische und soziale Lage von Frauen in Deutschland

Wenn wir uns mit der Situation von Frauen im heutigen imperialistischen Deutschland beschäftigen, ist es wichtig nochmal auf die erkämpften Rechte, verbesserten Rahmenbedingungen und deren Umsetzung hinzuweisen:

- das Recht auf Erwerbsarbeit: 1969 wurde eine verheiratete Frau als geschäftsfähig angesehen, obwohl erst 1977 der Paragraph im Bürgerlichen Gesetzbuch geändert wurde, nach dem Frauen ohne die Einwilligung ihres Ehemannes oder Vaters arbeiten durften.

- Formale Angleichung von Männern- und Frauenlöhnen: Frauen steht offiziell für die gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation und bei gleicher Qualität und Quantität der ausgeführten Arbeiten auch der gleiche Lohn zu. Die 1955 verbotenen Frauenlohngruppen sahen dies nicht vor.

- Gleichwertige Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten: In den 1970ern fand eine fast flächendeckende Umwandlung aller deutscher Schulen und Schultypen in Schulen statt, die sowohl von Jungs als auch von Mädchen besucht werden, statt. Die Zahl der Mädchenschulen betrug 15 Jahre später nur noch circa vier Prozent.

Dies sind nur einige Beispiele aus dem Arbeitssektor, doch auch sie stehen immer wieder unter Beschuss oder werden gar nicht erst eingehalten.

Frauenquote

Die Debatte um eine Frauenquote in Führungspositionen, Vorständen und Aufsichtsräten wird seit Jahren kontrovers geführt. In vielen Parteien sind Frauenquoten für Ämter und Mandate bereits eingeführt. 2015 hat der Bundestag ein erstes Gesetz verabschiedet, dass eine Frauenquote von 30 Prozent in Aufsichtsräten verpflichtet. Das Gesetz betrifft jedoch nur ca. 100 Unternehmen. Dies sind in der Regel Unternehmen mit über 2000 Beschäftigten und einem von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite paritätisch besetzten Aufsichtsrat. Mit diesen Frauenquoten soll die Gleichstellung von Männern und Frauen vorangetrieben werden. Doch ist das wirklich ein Schritt in Richtung Gleichstellung? Und wem nutzt diese Quotenregelung? Eins ist doch klar: Den ArbeiterInnen nützt diese Frauenquote nichts. Sie werden dadurch nicht weniger ausgebeutet und an ihren Arbeitsbedingungen wird sich dadurch wenig verändern. Und für den Großteil der Frauen wird sich auch nichts ändern. Denn in die Führungsebene, in Vorstände und in Aufsichtsräte, steigen nun mal keine Teilzeitbeschäftigten und auch nur die wenigsten Mütter auf. Und selbst wenn sie es täten – für Arbeiterinnen würde das nichts an ihrer Lebenssituation ändern. Es muss sich also viel grundsätzlicher etwas ändern. Eine gesetzliche Quotenregelung ist noch kein Schritt in Richtung Gleichstellung. Nicht aus Zufall läuft die Debatte um Frauenquoten fast immer bezogen auf Frauen in Führungspositionen ab: Frauenquoten, die potentiell wirklich etwas an den gesamtgesellschaftlichen Rollenbildern und der Verteilung der Arbeit auf die Geschlechter ändern würden (also etwa Quoten für Frauen in technischen Berufen etc.), wä-



"If I had a hammer...
I'd SMASH Patriarchy"

Frauen arbeiten nach wie vor in „frauentypischen“ Berufen – im sozialen Bereich, im Büro und im Handel. Rund 75 Prozent der weiblichen Auszubildenden konzentrieren sich auf 20 Berufe überwiegend im Pflege- und Dienstleistungssektor. 2010 waren 95,5 Prozent der KindergärtnerInnen weiblich, allerdings gab es nur 0,4 Prozent Maurerinnen.¹ Diese Zahlen haben sich in den letzten Jahrzehnten kaum geändert. „Frauentypische“ Berufe werden außerdem häufig schlechter bezahlt. 2010 arbeiteten dem Europäischen Sozialfonds für Deutschland zufolge 65 Prozent aller Frauen im Niedriglohnsektor. Das bedeutet, dass der Lohn am Ende des Monats trotz einer Vollzeitbeschäftigung sich knapp über oder sogar unter der Armutsgrenze befindet. Löhne, oder geschweige denn Renten sichern also nicht mal die Existenz vieler Frauen.

Einen Wandel in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hat es also nicht gegeben, obwohl Frauen häufig bessere Bildungsabschlüsse haben als Männer. Trotzdem ist ihre Erwerbstätigkeit im Vergleich zu den Männern absolut gestiegen. Auch die Arbeitslosenquoten gleichen sich in den letzten Jahren immer mehr an. Im Jahr 2014 lag diese bei Frauen bei durchschnittlich 6,6 Prozent, bei Männern bei 6,8 Prozent.² Diese geringen Unterschiede bedeuten allerdings nicht, dass Frauen annähernd gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten. Vielmehr gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Länge der Arbeitslosigkeit, der Erwerbsbeteiligung, der Arbeitszei-

ren im kapitalistischen Rahmen nicht umsetzbar, da sie massiv in die „unternehmerische Freiheit“ eingreifen würden. Gerade die Rollenbilder entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern aufgrund der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine wirkliche Gleichstellung ist ohne Umwälzung dieser Verhältnisse nicht denkbar. Anders als Frauenquoten für die Besetzung von Führungspositionen, können Quotenregelungen in der SDAJ aber ein sinnvolles Mittel zur gezielten Förderung weiblicher Genossinnen sein. Geschlechterrollen prägen uns alle und gesellschaftliche Rollenbilder schlagen sich leider auch in der politischen Arbeit nieder: Viele Frauen sind schüchterner als Männer, trauen sich weniger zu oder neigen eher dazu, sich im Hintergrund zu halten. Quoten können dabei helfen, dieses Rollenverhalten gezielt zu durchbrechen. Dabei dürfen sie nicht als starres Mittel eingesetzt werden, um auf Biegen und Brechen Leitungspositionen mit Genossinnen zu besetzen, sondern sie müssen als politische Zielstellung gesehen werden. Quoten erhöhen den Druck in Personaldebatten, auch Genossinnen miteinzubeziehen. Natürlich darf niemand in diese Positionen gedrängt werden, wenn er oder sie sich noch nicht dazu bereit fühlt. Es muss mit jeder und jedem GenossIn ehrlich über die Aufgaben und die Belastung, die auf sie oder ihn zukommt, diskutiert werden und geprüft werden, ob die GenossIn wirklich dazu bereit ist. Und natürlich müssen diese Aufgaben nicht sofort perfekt erfüllt werden. Alle Genossinnen und

Frauen im Kapitalismus

SDAJ-Bildungszeitung
Dezember 2017

ten und der Einkommen. So sind zum Beispiel Frauen im Durchschnitt ein Viertel länger arbeitslos als Männer.

Sieht man genauer hin, stellt sich die Lage also anders dar: Das Erwerbsarbeitsangebot in den typischen Frauendomänen wurde nämlich nicht ausgeweitet. Im Gegenteil, diese Bereiche sind weitaus stärker von Arbeitsplatzabbau bedroht (z.B. Schließungen von staatlichen Kitas, Prekarisierung der Arbeit als Krankenpflegerin). Die noch vorhandene Erwerbsarbeit in den typischen Frauendomänen wurde stattdessen weiter aufgeteilt. Obwohl immer mehr Frauen im Arbeitsleben stehen, ist ihr tatsächliches Arbeitsvolumen, also die Gesamtanzahl der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden, nicht gewachsen. 42 Prozent der abhängig erwerbstätigen Frauen, aber nur 6 Prozent der abhängig erwerbstätigen Männer waren im Jahr 2004 teilzeitbeschäftigt.³ Zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten sind weiblich.⁴

Sozialabbau und die Umverteilung von unten nach oben trifft Frauen gleich doppelt. Frauen sind aufgrund ihrer schwächeren ökonomischen Position stärker als Männer auf staatliche Leistungen angewiesen und sie sind dazu gezwungen, soziale Lücken (Kinderbetreuung, Versorgung von Familienangehörigen, usw.) unbezahlt und unterbezahlt zu füllen. Die sogenannten „Hausfrauentätigkeiten“ sind in der Regel nicht entlohnte Arbeiten. Diese stellen eine wesentliche Grundlage für die Lebensfähigkeit einer Gesellschaft und das Funktionieren des ökonomischen Reproduktionsprozesses dar. Obwohl Frauen in Deutschland immer häufiger berufstätig sind, wird der größte Teil der unbezahlten Hausarbeit, also Kinderbetreuung

Genossen haben in Leitungsfunktionen die Möglichkeit, sich weiter zu entwickeln und ihre Kompetenzen mit einzubringen und auszubauen.

und Pflege von Angehörigen weiterhin von Frauen geleistet. Im Durchschnitt bringen Frauen für unentlohnte Hausarbeit 60 Prozent mehr Zeit auf als Männer.

Durch diese Lückenfüllerfunktion werden sie aber zusätzlich vom Arbeitsmarkt verdrängt. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen in „männlichen“ Domänen treibt Männer dagegen stärker in Arbeitsbereiche, die von Frauen dominiert werden. Letztere konkurrieren mit ersteren durch die Bereitschaft zu niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen. Wenn sich diese Entwicklungen fortsetzen, werden perspektivisch immer mehr Männer „weibliche“ Arbeiten übernehmen, während immer mehr Frauen ohne eigenes Einkommen zu Hause bleiben.

Der herrschenden Klasse nützt die Stellung der Frau also in mehrfacher Hinsicht: Weibliche Arbeitskräfte fungieren als Lohndrücker und können dazu dienen, Druck auf den Rest der Arbeiterklasse beim Erämpfen von besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen auszuüben - einerseits durch die schlechteren Konditionen, zu denen sie arbeiten, andererseits weil sie dem Kapital bei Bedarf als potenzielle Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, auch wenn sie zunächst als Hausfrauen tätig sind. Gleichzeitig sind sie die ersten, die bei Arbeitsplatzabbau entlassen werden. Wie in Text I diskutiert, besteht die doppelte Unterdrückung von Frauen im Kapitalismus darin, dass neben der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in der Produktion, die geleistete Reproduktionsarbeit hinzukommt – und sie somit neben der sachlichen Abhängigkeit als doppelt freie Lohnarbeiterin in persön-

liche Abhängigkeiten, z.B. in Form der männlichen Versorgerehe gerät.

Trotz viel Gerede von Gleichberechtigung reproduziert sich die klassische häusliche Arbeitsteilung: Aus ökonomischen Gründen bleibt die Niedrigverdienerin oder Teilzeiterkraft eher zu Hause als der Mann – das Steuerrecht begünstigt diese Entscheidungen und reaktionäre Vorstöße. Durch öffentliche Gelder sollen die Fürsorge und Pflgetätigkeiten weiter ins Private gezwungen werden und diese Arbeitsteilung zusätzlich rechtlich-institutionell stabilisieren. Diese fortbestehenden Anforderungen an Kindererziehung, Hausarbeit und Pflege führen zu einer Doppelbelastung der Frauen oder zu einem Ausschluss von einer vollen Erwerbsbeteiligung, weil sie im Verhältnis zu ihren männlichen Partnern durchschnittlich weniger verdienen.

Diese Situation drängt Frauen also nach wie vor in die ökonomische Abhängigkeit von Männern. Von den insgesamt 16,0 Millionen erwerbstätigen Frauen in Deutschland bestritten im März 2004 86 Prozent ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit, bei den erwerbstätigen Männern waren es mit 95 Prozent deutlich mehr. Entsprechend waren knapp 11 Prozent der erwerbstätigen Frauen (1,7 Mill.) und nur 2 Prozent der Männer auf eine Unterstützung durch Angehörige angewiesen.⁵

Im Bereich der Bildung sieht es momentan nicht besser aus. Abiturientinnen entscheiden sich häufiger als Abiturienten für eine Berufsausbildung, für die das Abitur nicht Voraussetzung ist. Der Anteil der Studentinnen liegt hingegen teilweise über 50 Prozent. Bei der Wahl der Studienfächer zeigen sich allerdings nur geringfügige Veränderungen gegenüber den typischen Frauenbildern. Zwar steigt das

Interesse am Lehramt, an Medizin und Pharmazie, naturwissenschaftliche und technische Studiengänge werden allerdings immer noch wenig von Frauen gewählt. Auch hier spielen auch gesellschaftliche Rollenbilder eine große Rolle, mit denen wir uns im nächsten Abschnitt beschäftigen.

Frauenbilder

Die allgemeine reaktionäre Entwicklung drückt sich auch im Erstarken konservativer Rollenbilder und im Angriff auf bereits erkämpfte Frauenrechte aus. So ist die Herdprämie - staatliche Zuschüsse, für Eltern die ihre Kinder daheim betreuen und nicht etwa in die KiTa schicken – nach wie vor nicht zurückgewiesen und neue Gesetze zur „Regulierung“ der Prostitution sind verabschiedet worden. In der Öffentlichkeit können erzkonservative und fundamentalistische Gruppen wieder gegen das Abtreibungsrecht von Frauen demonstrieren. 2017 nahmen 7.500 Menschen am „Marsch fürs Leben“ teil, einer Demo, die für den §218 ist. Dieser macht einen Schwangerschaftsabbruch zur Straftat. Unterstützt wird er nicht nur von diversen Kirchengemeinden, sondern auch von JU und CDU.

Die ökonomische Ungleichheit wird durch stereotype Frauenbilder weiter untermauert. Wie bereits erwähnt, bewerben sich junge Frauen immer noch vorwiegend auf „typisch weibliche“ Studiengänge und Ausbildungsberufe. Doch nicht nur das: Bei gleicher Qualifikation werden Frauen gerade in diesen Zweigen systematisch benachteiligt.

Trotz des insgesamt konservativen Roll-Backs präsentieren die Medien kein einheitliches Rollenbild, sondern „individualisierte“ Entwürfe – vom „Heimchen am Herd“ über

die „selbstbewusste Macherin“ bis zur „Hartz-IV-Versagerin“. Alle diese Frauenbilder haben eine gemeinsame Schnittstelle. Der Maßstab ist, inwieweit es ihren Vertreterinnen gelingt, sich an die Marktgesetze anzupassen.

Dies trifft beispielsweise auch darauf zu, wenn die deutsche Armee verstärkt Frauen anwirbt. Mit Slogans wie „Frauen in der Bundeswehr: Leistung entscheidet, nicht das Geschlecht“ rühmt sie sich damit, dass sich seit 2001 auch Frauen für die kämpfenden Truppen verpflichten können. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht, die 2001 auf den Spannungs- oder Verteidigungsfall beschränkt wurde, fehlte es der Bundeswehr an Nachwuchs. Rekrutierungskampagnen fruchteten nicht wie erhofft. Um das aufzufangen, begann die Bundeswehr ihr Karriereimage auszuweiten und nicht mehr geschlechterspezifisch zu werben. Gleichzeitig ist die umfassende Werbung Teil der Militarisierung der gesamten Gesellschaft.

Ein in Politik und Medien viel beschworenes Konzept, das Geschlechtergleichheit durchsetzen soll, ist das Gender Mainstreaming. Diese Theorie geht davon aus, dass es ein biologisches (sex) und ein soziales (gender) Geschlecht gibt. Unter dem sozialen Geschlecht werden alle gesellschaftlich vermittelten Eigenschaften und Verhaltensweisen verstanden (z.B. das Frauen lange Haare haben und Röcke tragen sollen und es bestimmte „Frauenberufe“ geben muss). Nach dem Gender Mainstreaming sollen alle gesellschaftlichen Strukturen danach untersucht werden, ob Frauen aufgrund ihres sozialen Geschlechts benachteiligt werden. Auf den ersten Blick ist daran wenig auszusetzen. Wie jede bürgerliche Theorie geht aber auch das Gender-Mainstreaming-Konzept davon aus, dass die kapitalis-

tische Wirtschaftsordnung alternativlos und endgültig ist. Die Ursachen für die Benachteiligung von Frauen werden nicht im Charakter des kapitalistischen Ausbeutersystems sondern in gesellschaftlichen Vorstellungen und Strukturen gesehen. Als MarxistInnen wissen wir jedoch, dass gerade diese ihren Ursprung in der ökonomischen Basis haben. Ohne diese zu verändern wird auch die strukturelle Benachteiligung der Frau nicht überwunden werden können.

Gewalt an Frauen

Der Kapitalismus birgt eine permanente Gewalt gegen Frauen. In Filmen, Serien oder der Werbung werden sie als „Lustobjekt“ dargestellt und somit verdinglicht. Dies hat natürlich einen enormen Einfluss auf den einzelnen Menschen. Das führt auch dazu, dass 40 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen über 16 Jahren körperliche oder sexuelle Gewalt erleben. 42 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen haben psychische Gewalt erlebt, z.B. Einschüchterung, Verleumdungen, Drohungen, Psychoterror. Der überwiegende Großteil dieser Gewalt wird durch einen Partner oder Ex-Partner im häuslichen Bereich verübt und nicht etwa durch den „fremden Ausländer nachts auf der Straße“.⁶

Zu den brutalsten Formen der Ausbeutung von Frauen gehören Menschenhandel und damit einhergehende illegale Prostitution. Diejenigen, die in der offiziellen Wirtschaft keinen Platz haben, werden zu Objekten des globalen Handels und Austauschs. Sie sind menschliche Ware. Es wird geschätzt, dass etwa 2,45 Millionen Menschen weltweit Opfer von Menschenhandel sind. Davon sind zwei Drittel Opfer sexueller Ausbeutung, rund 80

Prozent der vom Menschenhandel Betroffenen sind Mädchen und Frauen.⁷

Marxistische Frauenpolitik

„Wir erkennen gar keine besondere Frauenfrage an – wir erkennen keine besondere Arbeiterinnenfrage an! Wir erwarten unsere volle Emanzipation weder von der Zulassung der Frau zu dem, was man freie Gewerbe nennt, und von einem dem männlichen gleichen Unterricht – obgleich die Forderung dieser beiden Rechte nur natürlich und gerecht ist – noch von der Gewährung politischer Rechte. ... Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeit in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen.“⁸ Was Clara Zetkin vor knapp 130 gesagt hat, ist heute so relevant wie damals. Frauenpolitik kann niemals losgelöst von der Machtfrage behandelt werden. Da die Unterdrückung der Frau sich in jedem gesell-

schaftlichen Bereich zeigt, kann sie auch nur da bekämpft werden. Wir als MarxistInnen müssen in sozialen und ökonomischen Kämpfen die beteiligten Frauen und ihre Forderungen unterstützen. Gerade die Proteste im Sozial- und Erziehungsdienst haben gezeigt, dass es sehr gute Anknüpfungspunkte für uns gibt. Doch auch wenn wir ihre Forderungen teilen und mit ihnen kämpfen, zeigen wir auf, dass eine strukturelle Unterdrückung der Frau besteht. Symbolpolitik wie die Frauenquote oder die Zulassung von Frauen in der Bundeswehr muss als solche von uns enttarnt und angegriffen werden. Natürlich ist es wichtig im Kapitalismus für Reformen und somit für verbesserte Rahmenbedingungen im Alltäglichen zu kämpfen, aber wir dürfen uns niemals der Illusion hingeben, dass die vollkommene Gleichheit von Männern und Frauen im Kapitalismus umsetzbar wäre.

¹ <http://www.hauptsache-bildung.de/2014/frauen-und-maennerdomaenen-bleiben-gleich/>

² <https://www.boeckler.de/41752.htm>

³ https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/BlickpunktFraueninDeutschland1021211059004.pdf?__blob=publicationFile

⁴ <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/03/16/armutsrisiko-mehrheit-der-deutschen-frauen-arbeitet-fuer-niedriglohn/>

⁵ https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/BlickpunktFraueninDeutschland1021211059004.pdf?__blob=publicationFile

⁶ <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/gewalt-gegen-frauen-zahlen-und-fakten.html>

⁷ https://www.frauenrechte.de/online/images/downloads/frauenhandel/Daten_und_Fakten_Frauenhandel.pdf

⁸ Clara Zetkin, Für die Befreiung der Frau, Rede auf dem internationalen Arbeiterkongress zu Paris, 19. Juli 1889

Arbeitsfragen zu Text 3

„Wie kann der Übergang zum Sozialismus aussehen?“

1) Wie sind die Fortschritte seit den 70er Jahren zu bewerten? Wie stehen sie zu den Kapitalinteressen?

2) Wie kommt es, dass Frauen trotz besserer Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt immer noch benachteiligt sind?

3) Welche Frauenbilder begegnen euch im Alltag? Was sind die Folgen und wie geht ihr damit um?

4) Diskutiert, was es konkret bedeutet, als MarxistInnen im Klassenkampf gegen die Unterdrückung der Frau einzustehen. Habt ihr dafür – positive oder negative – Beispiele aus eurer eigenen politischen Praxis?